

Antrag

der Abg. Andreas Glück u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Integriertes Rheinprogramm (IRP), Hochwasserschutz am Oberrhein

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich der Stand des Integrierten Rheinprogramms darstellt;
2. welche Haushaltsmittel seit 2005 jährlich für die Sicherung der Hochwasserdämme am Oberrhein zwischen Iffezheim und Mannheim eingesetzt bzw. für 2012 veranschlagt wurden;
3. welchen Zeitraum und welche Kosten sie veranschlagt, um die erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahmen, insbesondere die eingegangenen staatlichen Verpflichtungen mit den Anrainerstaaten, umzusetzen.

23. 11. 2011

Glück, Dr. Bullinger, Haußmann,
Dr. Goll, Dr. Timm Kern FDP/DVP

Begründung

Die extremen Hochwasserereignisse in den vergangenen Jahren an Oder, Donau und Elbe haben gezeigt, wie dringend die Verbesserungen des Hochwasserschutzes am Nördlichen Oberrhein zwischen Iffezheim und Mannheim ist.

Nach dem deutsch-französischen Vertrag von 1982 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, den 200-jährigen Hochwasserschutz am Oberrhein, wie er vor dem Oberrheinausbau vorhanden war, wieder herzustellen.

Da sich in den vergangenen Jahrzehnten Siedlungen, Industriegebiete und Infrastruktureinrichtungen verstärkt zum Rhein hin ausdehnten, wurden enorme Sachwerte hinter den Dämmen geschaffen. Würde heute unterhalb von Iffezheim ein 200-jähriges Hochwasser auftreten, wäre mit Schäden von bis zu 6,2 Mrd. Euro zu rechnen.

Die Polder in Frankreich sind einsatzbereit. In Rheinland-Pfalz sind die erforderlichen Rückhaltemaßnahmen teilweise fertig gestellt, im Bau bzw. in den Plangenehmigungsverfahren.

In Baden-Württemberg dient zur Umsetzung dieser Hochwasserschutzkonzeption das vom Land im Jahr 1988 aufgelegte „Integrierte Rheinprogramm“ (IRP). Das Ziel dieses Programms besteht in der Wiederherstellung des 200-jährigen Hochwasserschutzes unterhalb von Iffezheim bei gleichrangiger Berücksichtigung von ökologischen Aspekten (Erhaltung und Regeneration der Rheinauenlandschaft).

Nach Fertigstellung des Polders Söllingen sowie des im Bau befindlichen Polders auf der Rheinschanzinsel bei Philippsburg ist es dringend erforderlich, dass die notwendigen weiteren rechtsrheinischen Rückhalteräume zügig gebaut werden. Die Städte und Gemeinden auf der zu schützenden, nicht ausgebauten Rheinstrecke unterhalb von Iffezheim sowie die Regionalverbände unterstützen dies. Hierfür sind dringend die für die Planungen und den Bau erforderlichen Haushaltsmittel vom Land Baden-Württemberg bereitzustellen. Zusätzlich sind dringend die vorhandenen Rheinhochwasserdämme zu sanieren. Hier hat Baden-Württemberg einen Nachholbedarf, nachdem diese Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und in Frankreich abgeschlossen sind bzw. vor dem Abschluss stehen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 15. Dezember 2011 Nr. 5–0141.5/386/1 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie sich der Stand des Integrierten Rheinprogramms darstellt;

Das Integrierte Rheinprogramm sieht vor, an 13 Standorten auf der baden-württembergischen Rheinseite Hochwasserrückhalteräume mit einem Gesamtvolumen von 167,3 Mio. m³ auf ehemaligen Aueflächen des Rheins zu schaffen. Mit den Poldern Altenheim, dem Kulturwehr Kehl/Straßburg und dem Polder Söllingen/Greffern sind bereits drei der insgesamt 13 Rückhalteräume des Integrierten Rheinprogramms einsatzbereit. Diese stellen zusammen 66,6 Mio. m³ Rückhaltevolumen (rund 40 % des Gesamtvolumens) zur Verfügung.

Derzeit werden der Rückhalteraum Rheinschanzinsel und der Abschnitt I des Rückhalterauts Weil-Breisach gebaut. Der Rückhalteraum Rheinschanzinsel soll

2014 fertig gestellt werden. Beim Rückhalteraum Elzmündung ist der Planfeststellungsbeschluss beklagt, für den Rückhalteraum Kulturwehr Breisach steht die Genehmigung auf der französischen Seite noch aus. Für die Rückhalteräume Beltenkopf/Rappenwört und Weil-Breisach Abschnitt III wurde bei den zuständigen Landratsämtern der Antrag auf Planfeststellung gestellt. Für die Rückhalteräume Weil-Breisach Abschnitt IV, Breisach/Burkheim, Wyhl/Weisweil und Ichenheim/Meissenheim/Ottenheim sind die Vorbereitungen zum Planfeststellungsverfahren im Gange. Die Rückhalteräume Freistett und Elisabethenwört befinden sich noch in Vorplanung, Abschnitt II des Rückhalterauts Weil-Breisach ist zurückgestellt.

2. welche Haushaltsmittel seit 2005 jährlich für die Sicherung der Hochwasserdämme am Oberrhein zwischen Iffezheim und Mannheim eingesetzt bzw. für 2012 veranschlagt wurden;

Seit 2005 wurden durchschnittlich rd. 3 Mio. Euro pro Jahr für die Sanierung von Deichen am Oberrhein zwischen Iffezheim und Mannheim eingesetzt. Im Jahr 2012 sind im Wirtschaftsplan des Regierungspräsidiums Karlsruhe hierfür rd. 7,2 Mio. Euro veranschlagt.

3. welchen Zeitraum und welche Kosten sie veranschlagt, um die erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahmen, insbesondere die eingegangenen staatlichen Verpflichtungen mit den Anrainerstaaten, umzusetzen.

Der Rechnungshof hat in seiner Beratenden Äußerung vom 7. April 2010 (DS 14/6160) ausgehend von der Kostenschätzung von 822 Millionen Euro (Stand Juni 2008) festgestellt, dass sich die Gesamtkosten der Baumaßnahmen des Integrierten Rheinprogramms bis zur endgültigen Fertigstellung im Jahre 2028 unter Berücksichtigung von Baupreissteigerungen auf über 1 Milliarde Euro erhöhen werden. Das Regierungspräsidium Freiburg hat auf Grundlage des einstimmigen Beschlusses des Landtags vom 7. Oktober 2010 den Generalablaufplan zum Integrierten Rheinprogramm mit Zieljahr 2028 insgesamt aktualisiert und auf dieser Basis die Gesamtkostenermittlung grundlegend überarbeitet. Hieraus ergibt sich, dass die vom Rechnungshof genannten Kosten aus heutiger Sicht nicht eingehalten werden können. Zurzeit werden die aktualisierten Kosten mit dem Bund abgestimmt. Darüber hinaus sind Gespräche mit dem Rechnungshof geplant.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft